

Rheinische Post / Düsseldorf / 30.07.2020 / S. A4

Koalitionsstreit blockiert den Staatstrojaner

BERLIN (may-) Auch der Verfassungsschutz soll künftig verschlüsselte Kommunikation durch das Einschleusen eines sogenannten Staatstrojaners mitlesen können. Auf einen entsprechenden Kompromiss hatte sich die Regierungskoalition zwar schon vor Wochen verständigt. Doch nun musste Innenminister Horst Seehofer den schon fertigen Gesetzentwurf wieder von der Tagesordnung des Kabinetts an diesem Mittwoch nehmen, weil die SPD bei der Lektüre neue Bedenken bekommen hatte.

„Für uns ist es ein Problem, dass die für den Verfassungsschutz vernünftigen Rechte auch für die an-

deren Nachrichtendienste gelten sollen“, erläuterte SPD-Innenexpertin Ute Vogt. Sie halte die Hürde jedoch für sehr klein. „Wenn sich die Regelung nur auf den Verfassungsschutz bezieht, können wir das Gesetz schon im September in den Bundestag bringen“, sagte Vogt.

Dagegen sprach der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Thorsten Frei, von „Selbstverständlichkeiten“, auf die sich Union und SPD bereits im Koalitionsvertrag geeinigt hätten. Die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung müsse als Instrument auch für die Nachrichtendienste

verfügbar sein, damit die Befugnisse, die die Dienste in der analogen Welt hätten, auch im digitalen Zeitalter funktionierten.

Frei wandte sich zudem gegen SPD-Bedenken bei der Absicht, den Militärischen Abschirmdienst in den nachrichtendienstlichen Informationsverbund einzubeziehen. Angesichts der konsequenten Bekämpfung des Rechtsextremismus sollte dies nach seiner Ansicht selbstverständlich sein. Zudem müsse der Verfassungsschutz auch leichter Einzelpersonen überwachen können. Das hätten die Anschläge in Halle und Hanau gezeigt.